

Stellungnahme von Reporter ohne Grenzen e.V. (RSF)

zum Antrag der Fraktion Die Linke „Desinformation und Fake News bekämpfen – Medienkompetenz stärken“ vom 03.07.2025

Kontaktpersonen:

Christian Mihr, Geschäftsführer Politik und Strategie, Reporter ohne Grenzen
Alina Clasen, Referentin Advocacy, Reporter ohne Grenzen

*Reporter ohne Grenzen (RSF) dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalist*innen oder deren Mitarbeitende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Medienschaffenden ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz sowie den Export von Überwachungstechnik und gegen restriktive Mediengesetze.*

Einleitung

RSF dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Antrag der Fraktion Die Linke vom 03.07.2025 mit dem Titel „*Desinformation und Fake News bekämpfen – Medienkompetenz stärken*“.¹

Als Organisation zum Schutz der Presse- und Informationsfreiheit beobachten wir bei Reporter ohne Grenzen (RSF), wie das globale Informationsumfeld zunehmend als Schauplatz politischer Auseinandersetzungen instrumentalisiert wird. Mit Blick auf eine Positionierung und zur Beantwortung der Frage 2 konstatieren wir, dass unter dem Begriff Desinformation eine Vielzahl unterschiedlicher Phänomene existiert. Die wissenschaftliche Wirkungsforschung ist jedoch vorsichtig, einfache Direktwirkungen im Meinungsbildungsprozess anzunehmen.² Die Gefahr von Desinformation liegt darin, dass sie selektiv an bestehende gesellschaftliche Bruchlinien, Vorurteile und institutionelles Misstrauen anknüpft, diese vertieft und somit das Vertrauen in den freien Journalismus und die demokratische Öffentlichkeit schleichend untergräbt.

In unserer Arbeit fokussieren wir uns auf das Phänomen der ausländischen Informationsmanipulation und Einmischung (*Foreign Information Manipulation and Interference, FIMI*). Dabei handelt es sich um strategisch angelegte, koordinierte Kampagnen autoritärer Staaten. Diese Systeme versuchen das freie und demokratische Medien- und Informationsumfeld zu destabilisieren. Ihr oberstes Ziel ist es, ihre eigene Weltanschauung global durchzusetzen und die Hoheit über das Narrativ rund um ihren eigenen Staat zu erzwingen. RSF unterscheidet dabei zwischen böswilliger Einmischung und legitimer Einflussnahme. Legitime Einflussnahme versucht durch harmlose und transparente Mittel zu überzeugen. Böswillige ausländische Einmischung hingegen ist undurchsichtig, manchmal heimlich, und verfolgt das oberste Ziel, das Informationsumfeld eines Landes zu destabilisieren (beispielsweise mittels Cyberangriffen, Falschinformationen in sozialen Netzwerken, Finanzierung staatlicher Medien, offizielle Propaganda, Medien-Kapitalbeteiligungen und Anwerbung von Journalist*innen).

Desinformation verfängt insbesondere in Informationsökosystemen, in denen der freie Zugang zu unabhängiger Berichterstattung eingeschränkt ist. Dies wird durch marktgetriebene Plattformlogiken – die auf die Maximierung von Aufmerksamkeit und Interaktion durch emotionalisierende Inhalte ausgelegt sind – systematisch verstärkt. Die gezielte Sichtbarkeit verlässlicher Informationen stellt dabei jedoch eine Grundvoraussetzung für eine funktionierende demokratische Öffentlichkeit dar. Modernes Verständnis von Pressefreiheit

¹ vgl. Thüringer Landtag (2025): Antrag der Fraktion Die Linke: Desinformation und Fake News bekämpfen - Medienkompetenz stärken. Drucksache 8/1472. URL: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/102633/desinformation_und_fake_news_bekaempfen_medienkompetenz_staerken.pdf (letzter Aufruf: 14.08.26)

² vgl. OID (2025): Information ecosystems and troubled democracy. S. 37. URL: https://observatory.informationdemocracy.org/wp-content/uploads/2025/06/rapport_forum_information_democracy_2025-1.pdf (letzter Aufruf: 17.08.26)

muss sicherstellen, dass verlässliche Inhalte in von Algorithmen geprägten Infrastrukturen überhaupt auffindbar bleiben und ihr Publikum erreichen. Wenn private Intermediäre und KI-Systeme darüber entscheiden, welche Quellen sichtbar sind, wird die Organisation öffentlicher Aufmerksamkeit zu einer zentralen Frage demokratischer Ordnung, die reglementiert werden muss, um der vorherrschenden Meinungsmacht globaler Plattformen entgegenzuwirken. Es ist grundsätzlich Aufgabe staatlicher Behörden, die Infrastruktur zu schaffen, die den Zugang zu verlässlichen sowie offiziellen Informationsquellen gewährleistet.

1. Allgemeine Einschätzung

Die Fragen 1 und 8 werden aufgrund des Zusammenhangs einleitend gemeinsam beantwortet. Wir befürworten, dass der Antrag digitale Manipulationskampagnen als „*ernsthafte Bedrohung für die demokratische Kultur und das solidarische Miteinander*“ anerkennt und als Antwort eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen anstrebt. Da es aus Sicht von Reporter ohne Grenzen keine Einheitslösung gegen strategische Einflussnahme gibt, begrüßen wir, dass die Landesstrategie Maßnahmen in Bildung, öffentlicher Verwaltung, Justiz, Medien, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Digitalem bündeln soll. Die Förderung von Medienkompetenz, die sich in mehreren Maßnahmen widerspiegelt, betrachten wir darüber hinaus als ein wichtiges Element zur Stärkung des demokratischen Bewusstseins.

Unter Berücksichtigung des Mandats von Reporter ohne Grenzen konzentriert sich unsere Einschätzung auf die im Antrag aufgelisteten Maßnahmen 4, 7, 9 und 10, die einen unmittelbaren Bezug zur Pressefreiheit aufweisen.

zu Maßnahme 4: Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt stärken

Aus Sicht von Reporter ohne Grenzen ist die Stärkung von Qualitätsjournalismus und Medienvielfalt ein zentraler Pfeiler zur Bekämpfung von Desinformation. Die geplante Förderung öffentlich-rechtlicher Formate für junge Zielgruppen, der Ausbau von Bürgermedien sowie Schulungen zur Verifikation digitaler Inhalte schaffen notwendige vertrauenswürdige Gegengewichte im Medienangebot. Damit diese Maßnahmen wirken, müssen sie jedoch von strukturellen Reformen begleitet werden:

- Sicherung der Medienfinanzierung: Die Algorithmen großer Plattformen belohnen emotionalisierte und polarisierende Debatten und setzen den Journalismus unter enormen wirtschaftlichen Druck. RSF fordert daher eine nachhaltige ökonomische Basis für unabhängige Medien. Auf EU-Ebene bietet das Europäische Medienfreiheitsgesetz (European Media Freedom Act; EMFA) bereits einen Rechtsrahmen, der die Mitgliedstaaten verpflichtet, redaktionelle und strukturelle Unabhängigkeit zu gewährleisten, einschließlich des Schutzes vor politischer Einflussnahme und einer zuverlässigen Finanzierung. In Deutschland scheitert die Umsetzung bisher an einem unübersichtlichen Flickenteppich aus Bundes- und Landesregelungen.³ Ohne einen gesamtheitlichen Ansatz schwächt die Umsetzung die Infrastruktur im Medienrecht, die der EMFA zu schützen versucht.
- Effektiver Schutz von Journalist*innen: Pressefreiheit verlangt auch konsequenten physischen und juristischen Schutz. Die Wichtigkeit, Schutzmechanismen für

³ vgl. Reporter ohne Grenzen (2026): EMFA-Bestandsaufnahme: Deutschland muss nachschärfen. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/4274/deutschland-muss-nachscharfen> (letzter Aufruf: 06.08.26)

Journalist*innen auf Demonstrationen auszubauen, zeigen unter anderem die Beispiele der Angriffe in Fretterode im März 2026⁴ und in Erfurt im Juli 2026.⁵

zu Maßnahme 7: Schutz der Wahlen vor Desinformation

Für die Wahrung demokratischer Debatten spielen Transparenzanforderungen eine zentrale Rolle: Bürger*innen können Inhalte besser einordnen und sich eine eigene, unvoreingenommene Meinung bilden, wenn Herkunft und Finanzierung politischer Anzeigen offengelegt werden. RSF befürwortet daher den Ansatz der Fraktion Die Linke, gezielte Falschbehauptungen über Wahlabläufe und -ergebnisse zeitnah zu entkräften. Da politische Werbung im digitalen Raum eine immer größere Rolle für demokratische Prozesse spielt, befürwortet RSF den Vorschlag, dass sich Thüringen „auf Bundesebene für mehr Transparenz bei Online-Wahlwerbung und gegen Desinformationskampagnen einsetzen“⁶ soll. Diese Maßnahme erkennt die Gefahr von intransparenten Algorithmen und manipulativen Targeting-Strategien an, die Desinformationskampagnen begünstigen. Wie in unserer Stellungnahme zum Entwurf des Politische Werbung Transparenz Gesetzes (PWTG) argumentiert, schützt der Bundesgesetzentwurf des PWTG die journalistische Arbeit trotz des grundsätzlich begrüßenswerten EU-Ansatzes (Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, TTPW-VO) nicht ausreichend. Thüringen sollte sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass der Schutz der Pressefreiheit nach Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG auch in den §§ 6 und 7 des Entwurfs uneingeschränkt verankert wird.⁷

zu Maßnahme 9: Plattformen stärker in die Pflicht nehmen

RSF begrüßt den Vorschlag, dass sich die Landesregierung im Bundesrat für eine stärkere Verpflichtung von Plattformanbietern und die konsequente Anwendung des Digital Services Act einbringen soll. In diesem Zusammenhang rät RSF zu folgender Berücksichtigung:

- Mehr Transparenz über algorithmische Funktionsweisen: Ohne Transparenz über algorithmische Funktionsweisen von Online-Plattformen bleiben Analysen manipulativer Kommunikation unzuverlässig. Zuverlässige Forschung – etwa über den DSA-Datenzugang – schafft jedoch die Grundlage für evidenzbasierte Gesetzgebung. RSF schlägt daher vor, dass sich die Landesregierung auch auf Bundesebene für mehr Transparenz der Plattform-Algorithmen einsetzen soll.
- Den Zugang zu vielfältigen und verlässlichen Informationen verbessern: Eine gesetzliche Verpflichtung von Plattformbetreibern zur „*angemessenen Hervorhebung*“⁸ (due prominence) von vielfältigen und zuverlässigen Informationsquellen trägt den Gefahren Rechnung, die Plattformen für den Informationsraum darstellen: Sie dient neben der Bekämpfung von Desinformation der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Medienlandschaft und gewährleistet, dass Nutzer*innen im Internet leichter auf vertrauenswürdige Informationsquellen stoßen. Die Verantwortung, den Zugang zu zuverlässigen und pluralistischen Informationsquellen zu sichern, erkennt Artikel 3

⁴ vgl. Die Zeit (2026): Attacke in Thüringen: Angriff auf Journalisten - Das sind die Hintergründe. URL: <https://www.zeit.de/news/2026-03/26/angriff-auf-journalisten-das-sind-die-hintergruende> (letzter Aufruf: 06.08.26)

⁵ vgl. mdr Aktuell (2026): Polizei ermittelt Tatverdächtige nach Angriffen auf Journalisten. URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/polizei-ermittelt-tatverdaechtige-nach-angriff-auf-journalisten-100.html> (letzter Aufruf: 17.08.26)

⁶ vgl. Antrag der Fraktion Die Linke (2025): Desinformation und Fake News bekämpfen - Medienkompetenz stärken. Drucksache 8/1472. Anlage 1. S. 3. URL: https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/102633/desinformation_und_fake_news_bekaempfen_medienkompetenz_starken.pdf (letzter Aufruf: 10.08.26)

⁷ vgl. Reporter ohne Grenzen (2026): Stellungnahme zum Entwurf des Politische-Werbung-Transparenz-Gesetz (PWTG). URL: <https://media.reporter-ohne-grenzen.de/production/6484/01KZ97K91BHP7HQB2G5NWCW0M.pdf> (letzter Aufruf: 07.08.26)

⁸ vgl. RSF (2025): Preserving democracy by ensuring access to reliable information: RSF and the EBU call on the European Union to take action. URL: <https://rsf.org/en/preserving-democracy-ensuring-access-reliable-information-rsf-and-ebu-call-european-union-take> (letzter Aufruf: 06.08.26)

EMFA bereits an und verpflichtet die Mitgliedstaaten, die notwendigen „*Rahmenbedingungen*“ für dieses Recht zu schaffen. Um dieser Pflicht nachzukommen, stellt die **Überarbeitung der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie)** eine geeignete Rechtsgrundlage für die verpflichtende „*angemessene Hervorhebung*“ dar. Thüringen sollte sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass der Geltungsbereich der Regeln zur Auffindbarkeit auf alle relevanten Online-Plattformen sowie auf „*Nachrichten-Influencer*“ ausgeweitet wird, damit alle relevanten Online-Vertriebsplattformen für audiovisuelle Inhalte zumindest teilweise in den Anwendungsbereich fallen. Außerdem sollten audiovisuelle Mediendienste aus Drittländern dazu verpflichtet werden, die Vorschriften zur Wahrung des Pluralismus und der Informationsintegration einzuhalten, um zu verhindern, dass staatlich kontrollierte Medien aus dem Ausland den EU-Informationsraum ausnutzen, ohne die von in der EU ansässigen Mediendiensteanbietern angewandten Regeln zu beachten.

zu Maßnahme 10: Novellierung des Thüringer Transparenzgesetzes

Aus Sicht von RSF muss ein Transparenzgesetz gewährleisten, dass staatliche Institutionen unaufgefordert zu einer Veröffentlichung verpflichtet sind, dabei dürfen Pflichtvorschriften nicht zu „*Kann-Bestimmungen*“ aufgewichen werden. Die im Gesetzentwurf⁹ erwähnte Beschleunigung des Verwaltungsverfahrens darf nicht als Deckmantel genutzt werden, um Transparenzregelungen abzuschwächen. RSF begrüßt daher den Vorschlag, die Hürden des Thüringer Transparenzgesetzes für Bürger*innen zu senken und einen einfacheren Zugang zu verlässlicher Information zu gewährleisten. Positiv zu bewerten sind die Vorschläge eines grundsätzlich kostenfreien Zugangs zu digitalen Informationen, proaktive Veröffentlichungspflichten und pauschale Gebührenbefreiung für gemeinnützige Organisationen und Journalist*innen. Gerade im Kontext der aktuellen **Reform des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG)** sind die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen begrüßenswert. Die Maßnahme sollte mit der Bundesebene zusammengedacht werden.

2. Exiljournalismus

Die beigefügten Fragen 3, 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet.

Angesichts zunehmender autoritärer Desinformationskampagnen stärken Exiljournalist*innen mit ihrer Expertise und ihren Netzwerken die demokratische Resilienz Deutschlands, da sie die Kampagnen aufdecken und einordnen können. RSF fordert daher eine gezielte Unterstützung von Exilmedienschaffenden von der Evakuierung bis zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit. Thüringen sollte Kapazitäten für ihre Aufnahmen schaffen.¹⁰

3. Algorithmentransparenz und Qualitätsstandards als Prävention

In Beantwortung von Frage 11, sollten Wissenschaft, Landesmedienanstalten, Zivilgesellschaft, Bürgermedien und Qualitätsjournalismus Synergien schaffen, deren Ziel es ist, im Kampf gegen strategische Einflussnahme durch Desinformation das Vertrauen in die Medien zu stärken. In Zeiten, in denen strategische Kampagnen zur Kontrolle des Informationsraums genutzt werden, wird es umso wichtiger, sich aus verschiedenen Quellen informieren zu können. Transparenz und ethische Standards stärken das Vertrauen in Medieninhalte. Ein zentraler Instrumentenkasten ist hierbei die von Reporter ohne Grenzen

⁹ vgl. Thüringer Landtag (2025): Gesetzentwurf der Landesregierung. Erstes Thüringer Entlastungsgesetz. Drucksache 8/2487. URL: https://parldok.thltcloud.de/parldok/dokument/104866/8_2487_erstes_thueringer_entlastungsgesetz (letzter Aufruf: 16.08.26)

¹⁰ vgl. Reporter ohne Grenzen (2025): Unterstützung in Deutschland: Journalismus im Exil. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/was-wir-tun/unterstuetzung-fur-journalistinnen/individuelle-unterstuetzung/unterstuetzung-in-deutschland> (letzter Aufruf: 10.08.26)

(RSF) unter der Schirmherrschaft des Europäischen Komitees für Normung entwickelte *Journalism Trust Initiative (JTI)*. Das maschinenlesbare Gütesiegel wird auch im EMFA ausdrücklich genannt: Es hilft Online-Plattformen dabei, zu überprüfen, dass Medienunternehmen die in der Medienbranche vereinbarten journalistischen Standards erfüllen und sich auf das Medienprivileg nach Artikel 18 berufen können. Im Zusammenspiel mit der Einführung einer rechtlich verpflichtenden „*angemessenen Hervorhebung*“ würden die JTI-qualifizierten Inhalte maschinell erkannt und bei der algorithmischen Ausspielung bevorzugt hervorgehoben werden, was qualitativen Medieninhalten höhere Sichtbarkeit verschaffen und die Reichweite von Desinformationskampagnen wirksam reduzieren könnte.

4. Handlungsmöglichkeiten

Zuletzt werden die Fragen 6 und 12 aufgrund ihres inhaltlichen Bezuges zusammen beantwortet. In einem digitalen Raum, in dem der Journalismus nicht nur mit Anbietern von Online- und KI-generierten Inhalten, sondern auch mit den Empfehlungsalgorithmen von Social-Media-Plattformen und den KI-Anwendungen von Suchmaschinen um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konkurrieren muss, verlieren vertrauenswürdige Medienquellen zunehmend an Sichtbarkeit und Einfluss. Es ist grundsätzlich Aufgabe staatlicher Behörden, die Infrastruktur zu schaffen, die den Zugang zu verlässlichen sowie offiziellen Informationsquellen gewährleistet. RSF sieht auf Landes- und womöglich auf Bundesebene folgende Handlungsmöglichkeiten:

Medienpluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit schützen

- das **Europäische Medienfreiheitsgesetz (EMFA)** vollumfänglich umzusetzen und über die Mindestharmonisierung hinauszugehen. Regierungschef*innen der Länder sollten weitere Verzögerungen bei der Umsetzung vermeiden und eine Gesamtübersicht bereitstellen, die den Umsetzungsstand auf Bundes- und Landesebene zusammenführt. So kann die Öffentlichkeit den aktuellen Umsetzungsstand nachvollziehen und auftretende Lücken können identifiziert und letztlich adressiert werden. Der zweite Teil des Digitalen Medien-Staatsvertrages (DMStV)¹¹ adressiert relevante inhaltliche Aspekte zur Umsetzung des EMFA. Dazu zählen die Sicherstellung der wirtschaftlichen Grundlagen für private Medienanbieter, die Stärkung der Auffindbarkeit von Medieninhalten, der Schutz vor Manipulation und illegalen Inhalten sowie die Reform des Medienkonzentrationsrechts. Thüringen sollte sich dafür einsetzen, dass auch der zweite Teil des DMStV zeitnah als Entwurf für einen Medienänderungsstaatsvertrag beschlossen wird.

Zugang zu zuverlässigen Informationsquellen gewährleisten

- im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie über **audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie)**, 1) Online-Plattformen dazu zu verpflichten, vertrauenswürdigen Informationsquellen angemessene Sichtbarkeit zu gewährleisten, 2) in Artikel 7a AVMD-RL den Geltungsbereich der Regeln zur Auffindbarkeit auf alle relevanten Online-Plattformen sowie auf „*Nachrichten-Influencer*innen*“ auszuweiten und 3) bei der Lizenzvergabe eine Gleichbehandlung aller audiovisuellen Mediendienste unabhängig von ihren Ausstrahlungswegen und ihrem Niederlassungsland, sei es innerhalb oder außerhalb der EU, gewährleisten. Thüringen sollte dies in seiner

¹¹ vgl. Rundfunkkommission (2025): Beschluss Eckpunkte Digitale Medien-Staatsvertrag (DMStV). URL: https://rundfunkkommission.rlp.de/fileadmin/rundfunkkommission/Dokumente/Beschluesse/2025_10_22_RFK_Beschluss_zu_Eckpunkten_DMStV_Teil_2.pdf (letzter Aufruf: 17.08.26)

Beratung im Bundesrat zu EU-Gesetzesinitiativen aufnehmen und der Europäischen Kommission zukommen lassen.

- den Katalog der gemeinnützigen Zwecke in § 52 Abgabenordnung um den Zweck des gewinnzweckfreien Journalismus zu ergänzen. Thüringen sollte sich im Bundesrat dafür einbringen, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung im Koalitionsvertrag, „mit Blick auf die Gemeinnützigkeit Rechtssicherheit“¹² zu schaffen, einhält.
- Transparenz aktiv von Plattformbetreibern einzufordern. Thüringen sollte sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Bundesregierung ihrem Versprechen aus dem Koalitionsvertrag nachkommt und Pflichten von Online-Plattformen hinsichtlich Transparenz und Mitwirkung gegenüber der Aufsicht durchsetzt und den Digital Services Act (DSA) „stringent“ umsetzt – „systemisches Versagen muss in einem abgestimmten Verfahren mit der EU-Kommission Konsequenzen haben.“¹³
- eine Novellierung des Thüringer Transparenzgesetzes anzustreben, die den Zugang zu staatlichen Informationen tatsächlich vereinfacht. Darüber hinaus sollte sich Thüringen im Bundesrat für eine IFG-Reform einsetzen, die nicht unter dem Deckmantel des Bürokratieabbaus das bisherige Transparenzniveau zurückfährt.

Schutz von Journalist*innen

- den physischen Schutz vor Angriffen auf Journalist*innen zu gewährleisten. Da auch dieser Schutz zur Förderung der Produktion zuverlässiger und unabhängiger Informationen gehört.¹⁴
- die Aufnahme von schutzbedürftigen Journalist*innen zu ermöglichen.

¹² vgl. CDU, CSU, SPD (2025): Der Koalitionsvertrag. (Z. 3914 - 3916) URL:

https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (letzter Aufruf: 16.08.26)

¹³ vgl. CDU, CSU, SPD (2025): Der Koalitionsvertrag. (Z. 3933 - 3938) URL:

https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (letzter Aufruf: 16.08.26)

¹⁴ vgl. Reporter ohne Grenzen (2026): Der lange Arm der Repression reicht bis nach Deutschland. URL: <https://www.reporter-ohne-grenzen.de/artikel/pressemitteilungen/4250/der-lange-arm-der-repression-reicht-bis-nach-deutschland> (letzter Aufruf: 12.08.26)